



WISSEN,
DAS ANKOMMT.

Leseprobe zum Download



Liebe Besucherinnen und Besucher unserer Homepage,

tagtäglich müssen Sie wichtige Entscheidungen treffen, Mitarbeiter führen oder sich technischen Herausforderungen stellen. Dazu brauchen Sie verlässliche Informationen, direkt einsetzbare Arbeitshilfen und Tipps aus der Praxis.

Es ist unser Ziel, Ihnen genau das zu liefern. Dafür steht seit mehr als 25 Jahren die FORUM VERLAG HERKERT GMBH.

Zusammen mit Fachexperten und Praktikern entwickeln wir unser Portfolio ständig weiter, basierend auf Ihren speziellen Bedürfnissen.

Überzeugen Sie sich selbst von der Aktualität und vom hohen Praxisnutzen unseres Angebots.

Falls Sie noch nähere Informationen wünschen oder gleich über die Homepage bestellen möchten, klicken Sie einfach auf den Button „In den Warenkorb“ oder wenden sich bitte direkt an:

FORUM VERLAG HERKERT GMBH

Mandichostr. 18

86504 Merching

Telefon: 08233 / 381-123

Telefax: 08233 / 381-222

E-Mail: service@forum-verlag.com

www.forum-verlag.com

Textausgabe

- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
- Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug)
- Arbeitszeitgesetz
- Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug)
- Jugendarbeitsschutzgesetz
- Gesetz über den Ladenschluss
- Mutterschutzgesetz
- Arbeitsschutzgesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- Betriebssicherheitsverordnung (Auszug)
- Bundesdatenschutzgesetz
- Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
- Bundesurlaubsgesetz
- Entgeltfortzahlungsgesetz
- Familienpflegezeitgesetz
- Gefahrstoffverordnung (Auszug)
- Kinderarbeitsschutzverordnung
- Kündigungsschutzgesetz
- Mindestlohngesetz
- Mindestlohnanpassungsverordnung
- Nachweisgesetz
- Pflegezeitgesetz
- Teilzeit- und Befristungsgesetz
- Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen

**Aushangpflichtige Gesetze und
weitere wichtige Vorschriften**

18. aktualisierte Neuauflage



Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	20
§ 1 Ziel des Gesetzes	20
§ 2 Anwendungsbereich	20
§ 3 Begriffsbestimmungen	20
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	21
§ 5 Positive Maßnahmen	21
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	21
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	21
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	21
§ 7 Benachteiligungsverbot	22
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	22
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	22
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	22
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	23
§ 11 Ausschreibung	23
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	23
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	24
§ 13 Beschwerderecht	24
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	24
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	24
§ 16 Maßregelungsverbot	24
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	25
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	25
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	25
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	25
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	25
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	26
§ 21 Ansprüche	26
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	27
§ 22 Beweislast	27
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	27
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	27
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	27
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle	27
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	27
§ 26 Rechtsstellung der Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	28
§ 27 Aufgaben	28
§ 28 Befugnisse	29
§ 29 Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen	29
§ 30 Beirat	29
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften	30
§ 31 Unabdingbarkeit	30
§ 32 Schlussbestimmung	30
§ 33 Übergangsbestimmungen	30

Inhalt

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	32
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		34
§ 1	Zweck des Gesetzes.....	34
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	34
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten		34
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer.....	34
§ 4	Ruhepausen.....	34
§ 5	Ruhezeit	34
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit	35
§ 7	Abweichende Regelungen	35
§ 8	Gefährliche Arbeiten	37
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe		37
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe	37
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	37
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung.....	39
§ 12	Abweichende Regelungen	39
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung	39
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen		40
§ 14	Außergewöhnliche Fälle	40
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung.....	41
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		42
§ 16	Aushang und Arbeitszeitnachweise	42
§ 17	Aufsichtsbehörde.....	42
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen		42
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes.....	42
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst.....	43
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt.....	43
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	43
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport.....	43
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		44
§ 22	Bußgeldvorschriften	44
§ 23	Strafvorschriften.....	45
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften		45
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	45
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge.....	45

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	48
§ 612	Vergütung.....	48
§ 612a	Maßregelungsverbot	48

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		50
§ 1	Geltungsbereich	50
§ 2	Kind, Jugendlicher.....	50
§ 3	Arbeitgeber.....	50

§ 4	Arbeitszeit	50
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		50
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	50
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	51
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	52
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		52
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		52
§ 8	Dauer der Arbeitszeit.....	52
§ 9	Berufsschule.....	52
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	53
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	53
§ 12	Schichtzeit.....	53
§ 13	Tägliche Freizeit.....	53
§ 14	Nachruhe	53
§ 15	Fünf-Tage-Woche	54
§ 16	Samstagsruhe.....	54
§ 17	Sonntagsruhe	55
§ 18	Feiertagsruhe	55
§ 19	Urlaub.....	55
§ 20	Binnenschifffahrt.....	56
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	56
§ 21a	Abweichende Regelungen	57
§ 21b	Ermächtigung.....	57
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		57
§ 22	Gefährliche Arbeiten	57
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	58
§ 24	Arbeiten unter Tage.....	58
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen.....	59
§ 26	Ermächtigungen	59
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen.....	59
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		60
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit.....	60
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	60
§ 29	Unterweisung über Gefahren.....	60
§ 30	Häusliche Gemeinschaft.....	61
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	61
Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung.....		61
§ 32	Erstuntersuchung	61
§ 33	Erste Nachuntersuchung	61
§ 34	Weitere Nachuntersuchungen.....	62
§ 35	Außerordentliche Nachuntersuchung.....	62
§ 36	Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers	62
§ 37	Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen.....	62
§ 38	Ergänzungsuntersuchung	62
§ 39	Mitteilung, Bescheinigung	62
§ 40	Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	63
§ 41	Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen.....	63
§ 42	Eingreifen der Aufsichtsbehörde	63
§ 43	Freistellung für Untersuchungen	63
§ 44	Kosten der Untersuchungen.....	63
§ 45	Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	63
§ 46	Ermächtigungen	63

Inhalt

Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	64
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse	64
§ 47 Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	64
§ 48 Aushang über Arbeitszeit und Pausen	64
§ 49 Verzeichnisse der Jugendlichen	64
§ 50 Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse	64
Zweiter Titel – Aufsicht	65
§ 51 Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	65
§ 52 (weggefallen)	65
§ 53 Mitteilung über Verstöße	65
§ 54 Ausnahmegewilligungen	65
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	65
§ 55 Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz	65
§ 56 Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde	66
§ 57 Aufgaben der Ausschüsse	66
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften	67
§ 58 Bußgeld- und Strafvorschriften	67
§ 59 Bußgeldvorschriften	69
§ 60 Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	69
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften	69
§ 61 Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen	69
§ 62 Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung	70
§§ 63–70 (weggefallen)	70
§ 71 (gegenstandslos)	70
§ 72 Inkrafttreten	70

Ladenschlussgesetz – LadSchIG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen	72
§ 1 Verkaufsstellen	72
§ 2 Begriffsbestimmungen	72
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten	72
§ 3 Allgemeine Ladenschlusszeiten	72
§ 4 Apotheken	72
§ 5 Zeitungen und Zeitschriften	72
§ 6 Tankstellen	73
§ 7 (weggefallen)	73
§ 8 Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	73
§ 9 Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen	73
§ 10 Kur- und Erholungsorte	74
§ 11 Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen	74
§ 12 Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	74
§ 13 (weggefallen)	74
§ 14 Weitere Verkaufssonntage	74
§ 15 Sonntagsverkauf am 24. Dezember	75
§ 16 (weggefallen)	75
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer	75
§ 17 Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen	75
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbebezüge und für den Marktverkehr	76
§§ 18 und 18a (weggefallen)	76
§ 19 Marktverkehr	76
§ 20 Sonstiges gewerbliches Feilhalten	76

Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	77
§ 21 Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse	77
§ 22 Aufsicht und Auskunft	77
§ 23 Ausnahmen im öffentlichen Interesse	77
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	78
§ 24 Ordnungswidrigkeiten	78
§ 25 Straftaten	78
§ 26 (weggefallen)	78
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen	79
§ 27 Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	79
§ 28 Bestimmung der zuständigen Behörden	79
§§ 29 und 30 (weggefallen)	79
§ 31 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	79

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	82
§ 1 Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes	82
§ 2 Begriffsbestimmungen	82
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz	83
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz	83
§ 3 Schutzfristen vor und nach der Entbindung	83
§ 4 Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit	84
§ 5 Verbot der Nacharbeit	84
§ 6 Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit	85
§ 7 Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	85
§ 8 Beschränkung von Heimarbeit	85
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz	86
§ 9 Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	86
§ 10 Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	87
§ 11 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen	87
§ 12 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen	89
§ 13 Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	90
§ 14 Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber	91
§ 15 Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen	91
Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz	91
§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot	91
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz	91
§ 17 Kündigungsverbot	91
Abschnitt 4 – Leistungen	92
§ 18 Mutterschutzlohn	92
§ 19 Mutterschaftsgeld	92
§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	93
§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts	93
§ 22 Leistungen während der Elternzeit	94
§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	94
§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten	94
§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots	94
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes	94
§ 26 Aushang des Gesetzes	94

Inhalt

§ 27	Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	94
§ 28	Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr	95
§ 29	Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht	96
§ 30	Ausschuss für Mutterschutz	97
§ 31	Erlass von Rechtsverordnungen.....	98
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften.....		98
§ 32	Bußgeldvorschriften.....	98
§ 33	Strafvorschriften.....	99
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften.....		99
§ 34	Evaluationsbericht.....	99

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		102
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich	102
§ 2	Begriffsbestimmungen	102
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers		102
§ 3	Grundpflichten des Arbeitgebers	102
§ 4	Allgemeine Grundsätze.....	103
§ 5	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	103
§ 6	Dokumentation.....	103
§ 7	Übertragung von Aufgaben.....	104
§ 8	Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber.....	104
§ 9	Besondere Gefahren.....	104
§ 10	Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	104
§ 11	Arbeitsmedizinische Vorsorge	105
§ 12	Unterweisung.....	105
§ 13	Verantwortliche Personen	105
§ 14	Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	106
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten		106
§ 15	Pflichten der Beschäftigten	106
§ 16	Besondere Unterstützungspflichten	106
§ 17	Rechte der Beschäftigten	106
Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen.....		107
§ 18	Verordnungsermächtigungen.....	107
§ 19	Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	107
§ 20	Regelungen für den öffentlichen Dienst.....	107
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie		108
§ 20a	Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	108
§ 20b	Nationale Arbeitsschutzkonferenz	108
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften		109
§ 21	Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....	109
§ 22	Befugnisse der zuständigen Behörden	110
§ 23	Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht	111
§ 24	Ermächtigung zum Erlass von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	112
§ 25	Bußgeldvorschriften.....	113
§ 26	Strafvorschriften.....	113

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1	Ziel, Anwendungsbereich.....	116
§ 2	Begriffsbestimmungen	116

§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	118
§ 3a	Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	118
§ 4	Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten	119
§ 5	Nichtraucherschutz	119
§ 6	Unterweisung der Beschäftigten	119
§ 7	Ausschuss für Arbeitsstätten	120
§ 8	Übergangsvorschriften.....	121
§ 9	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	121
Anhang	122

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen.....	136	
§ 1	Anwendungsbereich und Zielsetzung.....	136
§ 2	Begriffsbestimmungen	136
Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen	137	
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	137
§ 4	Grundpflichten des Arbeitgebers	139
§ 5	Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel.....	140
§ 6	Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	141
§ 7	Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	141
§ 8	Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	142
§ 9	Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	143
§ 10	Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	144
§ 11	Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle	145
§ 12	Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten.....	146
§ 13	Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber.....	147
§ 14	Prüfung von Arbeitsmitteln	147
Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....	148	
§ 15	Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	148
§ 16	Wiederkehrende Prüfung.....	149
§ 17	Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	149
§ 18	Erlaubnispflicht	150
Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit.....	151	
§ 19	Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	151
§ 20	Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	152
§ 21	Ausschuss für Betriebssicherheit	153
Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	154	
§ 22	Ordnungswidrigkeiten	154
§ 23	Straftaten.....	156
§ 24	Übergangsvorschriften.....	156

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	160	
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	160	
§ 1	Anwendungsbereich des Gesetzes	160
§ 2	Begriffsbestimmungen	161
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	161	
§ 3	Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	161
§ 4	Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	161

Inhalt

Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen.....	162
§ 5 Benennung	162
§ 6 Stellung.....	162
§ 7 Aufgaben.....	163
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.....	164
§ 8 Errichtung	164
§ 9 Zuständigkeit	164
§ 10 Unabhängigkeit	164
§ 11 Ernennung und Amtszeit	164
§ 12 Amtsverhältnis.....	165
§ 13 Rechte und Pflichten.....	166
§ 14 Aufgaben.....	167
§ 15 Tätigkeitsbericht.....	168
§ 16 Befugnisse	168
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	169
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	169
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder	170
§ 19 Zuständigkeiten.....	170
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe	171
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz.....	171
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	171
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	172
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	172
Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken	172
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....	172
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen.....	173
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen.....	174
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	174
Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen.....	175
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	175
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	176
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	177
§ 29 Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	177
§ 30 Verbraucherrechte	178
§ 31 Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	178
Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person	179
§ 32 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person.....	179
§ 33 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	180
§ 34 Auskunftsrecht der betroffenen Person.....	181
§ 35 Recht auf Löschung	181
§ 36 Widerspruchsrecht.....	182
§ 37 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling.....	182
Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....	182
§ 38 Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen.....	182

§ 39	Akkreditierung	183
Kapitel 4 – Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen		183
§ 40	Aufsichtsbehörden der Länder	183
Kapitel 5 – Sanktionen		
§ 41	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	184
§ 42	Strafvorschriften	184
§ 43	Bußgeldvorschriften	185
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe		185
§ 44	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	185
Teil 3 – Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680		185
Kapitel 1 – Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten		185
§ 45	Anwendungsbereich	185
§ 46	Begriffsbestimmungen	186
§ 47	Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	188
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten		188
§ 48	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	188
§ 49	Verarbeitung zu anderen Zwecken	188
§ 50	Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	189
§ 51	Einwilligung	189
§ 52	Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	189
§ 53	Datengeheimnis	189
§ 54	Automatisierte Einzelentscheidung	189
Kapitel 3 – Rechte der betroffenen Person		190
§ 55	Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	190
§ 56	Benachrichtigung betroffener Personen	190
§ 57	Auskunftsrecht	190
§ 58	Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	192
§ 59	Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	193
§ 60	Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	193
§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	193
Kapitel 4 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter		194
§ 62	Auftragsverarbeitung	194
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	195
§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	195
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	196
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	197
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	198
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	198
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	198
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	199
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	200
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	200
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	201
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	201
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	201
§ 76	Protokollierung	201
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	202

Inhalt

Kapitel 5 – Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen	202
§ 78 Allgemeine Voraussetzungen	202
§ 79 Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	203
§ 80 Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	203
§ 81 Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	204
Kapitel 6 – Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	204
§ 82 Gegenseitige Amtshilfe	204
Kapitel 7 – Haftung und Sanktionen	205
§ 83 Schadensersatz und Entschädigung	205
§ 84 Strafvorschriften.....	205
Teil 4 – Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	205
§ 85 Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten.....	205

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1 – Elterngeld	208
§ 1 Berechtigte	208
§ 2 Höhe des Elterngeldes.....	209
§ 2a Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag.....	210
§ 2b Bemessungszeitraum	210
§ 2c Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit.....	211
§ 2d Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	211
§ 2e Abzüge für Steuern	212
§ 2f Abzüge für Sozialabgaben	213
§ 3 Anrechnung von anderen Einnahmen	213
§ 4 Art und Dauer des Bezugs.....	214
Abschnitt 2 – Betreuungsgeld	215
§ 4a Berechtigte	215
§ 4b Höhe des Betreuungsgeldes	216
§ 4c Anrechnung von anderen Leistungen.....	216
§ 4d Bezugszeitraum.....	216
Abschnitt 3 – Verfahren und Organisation	216
§ 5 Zusammentreffen von Ansprüchen	216
§ 6 Auszahlung	217
§ 7 Antragstellung	217
§ 8 Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen	217
§ 9 Einkommens- und Arbeitszeitnachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	218
§ 10 Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	218
§ 11 Unterhaltspflichten	219
§ 12 Zuständigkeit; Aufbringung der Mittel	219
§ 13 Rechtsweg	219
§ 14 Bußgeldvorschriften.....	219
Abschnitt 4 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	220
§ 15 Anspruch auf Elternzeit.....	220
§ 16 Inanspruchnahme der Elternzeit.....	222
§ 17 Urlaub.....	223
§ 18 Kündigungsschutz.....	223
§ 19 Kündigung zum Ende der Elternzeit	223
§ 20 Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte.....	223
§ 21 Befristete Arbeitsverträge.....	223

Abschnitt 5 – Statistik und Schlussvorschriften	224
§ 22 Bundesstatistik	224
§ 23 Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	225
§ 24 Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt	225
§ 24a Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	226
§ 25 Bericht	226
§ 26 Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	226
§ 27 Übergangsvorschrift	226

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1 Urlaubsanspruch	230
§ 2 Geltungsbereich	230
§ 3 Dauer des Urlaubs	230
§ 4 Wartezeit	230
§ 5 Teilurlaub	230
§ 6 Ausschluß von Doppelansprüchen	230
§ 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs	230
§ 8 Erwerbstätigkeit während des Urlaubs	231
§ 9 Erkrankung während des Urlaubs	231
§ 10 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	231
§ 11 Urlaubsentgelt	231
§ 12 Urlaub im Bereich der Heimarbeit	231
§ 13 Unabdingbarkeit	232
§ 14 Berlin-Klausel	232
§ 15 Änderung und Aufhebung von Gesetzen	233
§ 15a Übergangsvorschrift	233
§ 16 Inkrafttreten	233

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1 Anwendungsbereich	236
§ 2 Entgeltzahlung an Feiertagen	236
§ 3 Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	236
§ 3a Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen	236
§ 4 Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	237
§ 4a Kürzung von Sondervergütungen	237
§ 5 Anzeige- und Nachweispflichten	238
§ 6 Forderungsübergang bei Dritthaftung	238
§ 7 Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	238
§ 8 Beendigung des Arbeitsverhältnisses	239
§ 9 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation	239
§ 10 Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit	239
§ 11 Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	240
§ 12 Unabdingbarkeit	241
§ 13 Übergangsvorschrift	241

Familienpflegezeitgesetz – FPfZG

§ 1 Ziel des Gesetzes	244
§ 2 Familienpflegezeit	244
§ 2a Inanspruchnahme der Familienpflegezeit	244
§ 3 Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	245
§ 4 Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	246
§ 5 Ende der Förderfähigkeit	246

Inhalt

§ 6	Rückzahlung des Darlehens.....	246
§ 7	Härtefallregelung.....	247
§ 8	Antrag auf Förderung.....	247
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise.....	248
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	248
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	249
§ 12	Bußgeldvorschriften.....	249
§ 13	Aufbringung der Mittel	249
§ 14	Beirat.....	249
§ 15	Übergangsvorschrift.....	250

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	252	
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich	252
§ 2	Begriffsbestimmungen	252
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	255	
§ 3	Gefahrenklassen	255
§ 4	Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung	256
§ 5	Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten.....	257
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten	257	
§ 6	Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....	257
§ 7	Grundpflichten.....	260
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	262	
§ 8	Allgemeine Schutzmaßnahmen	262
§ 9	Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....	263
§ 10	Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen und reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A und 1B	264
§ 11	Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	265
§ 12	(weggefallen)	266
§ 13	Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	266
§ 14	Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	267
§ 15	Zusammenarbeit verschiedener Firmen	268
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen	269	
§ 16	Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	269
§ 17	Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	269
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe.....	270	
§ 18	Unterrichtung der Behörde.....	270
§ 19	Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....	271
§ 20	Ausschuss für Gefahrstoffe	271
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	272	
§ 21	Chemikaliengesetz – Anzeigen	272
§ 22	Chemikaliengesetz – Tätigkeiten.....	273
§ 23	(weggefallen)	274
§ 24	Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen.....	275
§ 25	Übergangsvorschrift.....	275

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1 Beschäftigungsverbot278
 § 2 Zulässige Beschäftigungen278
 § 3 Behördliche Befugnisse278
 § 4 Inkrafttreten278

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz280
 § 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen280
 § 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung281
 § 2 Änderungskündigung281
 § 3 Kündigungseinspruch281
 § 4 Anrufung des Arbeitsgerichts281
 § 5 Zulassung verspäteter Klagen282
 § 6 Verlängerte Anrufungsfrist282
 § 7 Wirksamwerden der Kündigung282
 § 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen282
 § 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers282
 § 10 Höhe der Abfindung283
 § 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst283
 § 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses283
 § 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen283
 § 14 Angestellte in leitender Stellung284
 Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung284
 § 15 Unzulässigkeit der Kündigung284
 § 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses285
 Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen285
 § 17 Anzeigepflicht285
 § 18 Entlassungssperre287
 § 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit287
 § 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit287
 § 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit287
 § 22 Ausnahmebetriebe288
 Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen288
 § 23 Geltungsbereich288
 § 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs288
 § 25 Kündigung in Arbeitskämpfen289
 § 25a Berlin-Klausel289
 § 26 Inkrafttreten289

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abchnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns292
 Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns292
 § 1 Mindestlohn292
 § 2 Fälligkeit des Mindestlohns292
 § 3 Unabdingbarkeit des Mindestlohns292
 Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission293
 § 4 Aufgabe und Zusammensetzung293
 § 5 Stimmberechtigte Mitglieder293
 § 6 Vorsitz293
 § 7 Beratende Mitglieder293

Inhalt

§ 8	Rechtsstellung der Mitglieder	294
§ 9	Beschluss der Mindestlohnkommission.....	294
§ 10	Verfahren der Mindestlohnkommission	294
§ 11	Rechtsverordnung.....	294
§ 12	Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	295
Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung		295
§ 13	Haftung des Auftraggebers.....	295
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden.....		295
§ 14	Zuständigkeit.....	295
§ 15	Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	295
§ 16	Meldepflicht.....	295
§ 17	Erstellen und Bereithalten von Dokumenten	297
§ 18	Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden.....	297
§ 19	Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge.....	297
§ 20	Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns.....	298
§ 21	Bußgeldvorschriften.....	298
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften		299
§ 22	Persönlicher Anwendungsbereich.....	299
§ 23	Evaluation.....	300
§ 24	Übergangsregelung.....	300

Mindestlohnanpassungsverordnung – MiLoV

§ 1	Höhe des Mindestlohns.....	302
§ 2	Inkrafttreten	302

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1	Anwendungsbereich.....	304
§ 2	Nachweispflicht.....	304
§ 3	Änderung der Angaben	305
§ 4	Übergangsvorschrift.....	305
§ 5	Unabdingbarkeit.....	305

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	308
§ 2	Kurzzeitige Arbeitsverhinderung	308
§ 3	Pflegezeit und sonstige Freistellungen.....	308
§ 4	Dauer der Inanspruchnahme	309
§ 5	Kündigungsschutz.....	309
§ 6	Befristete Verträge.....	310
§ 7	Begriffsbestimmungen	310
§ 8	Unabdingbarkeit.....	311

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz.....		314
§ 1	Zielsetzung	314
§ 2	Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	314
§ 3	Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	314
§ 4	Verbot der Diskriminierung.....	314
§ 5	Benachteiligungsverbot	315

Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	315
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	315
§ 7 Ausschreibung; Information über freie Arbeitsplätze	315
§ 8 Verringerung der Arbeitszeit.....	315
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit.....	316
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	316
§ 11 Kündigungsverbot.....	316
§ 12 Arbeit auf Abruf	316
§ 13 Arbeitsplatzteilung	317
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge	317
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	317
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	318
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	318
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	318
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	319
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	319
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	319
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge.....	319
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften.....	319
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	319
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	319
 Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV	
§ 1	322
§ 2 (aufgehoben)	322
§ 3	322
Notizen	323

Bestellmöglichkeiten



Das Aushang-Paket

Für weitere Produktinformationen oder beim Bestellvorgang hilft Ihnen unser Kundenservice gerne weiter:

Kundenservice

☎ **Telefon: 08233 / 381-123**

✉ **E-Mail: service@forum-verlag.com**

Oder nutzen Sie bequem die Informations- und Bestellmöglichkeiten zu diesem Produkt in unserem Online-Shop:

Internet

🌐 **<http://www.forum-verlag.com/details/index/id/8901>**